

Berliner Hausmeister-Streit

Wie im Mantelteil von b:sl Beruf:Schulleitung berichtet, haben einige Bezirke die Bereitschaftsdienste der Schulhausmeister aufgrund von Budgetkürzungen ersatzlos gestrichen. Die Mitgliederversammlung des IBS vom 29. 04. 2008 protestierte massiv gegen diesen Beschluss. Mit dieser Maßnahme greifen die Bezirke erheblich in den Arbeitsablauf der Berliner Schulen ein. Sie verhindern damit, dass Schulen ihrer Verpflichtung zur Betreuung von Kindern, die einen Hort besuchen müssen, nachkommen können. Viele weitere Veranstaltungen in der Schule – Elternabende, Gremiensitzungen, Elternschulungen – müssen gestrichen werden, wenn Hausmeister am Abend nicht mehr zur Verfügung stehen. Von den Bezirksämtern bestellte Schließdienste lösen das Problem nicht. Eher werden die Probleme größer. Wenn in der Zeit von 17:00 bis 22:00 Uhr Schulen offen sind, ist Vandalismus nicht zu verhindern.

Bezirke, die mit dem Argument, Kosten einsparen zu müssen, die Hausmeisterdienste einschränken, handeln verantwortungslos. Sie greifen in den Qualitätsprozess der einzelnen Schule ein.

Der IBS fordert in einer Resolution die Bezirke auf zu gewährleisten,

- dass Schulen für schulbezogene Veranstaltungen offen gehalten werden.
- dass der Hortbetrieb zu gewährleisten ist.
- dass Ganztagschulen nicht frühzeitig geschlossen werden.
- dass Schulleiterinnen und Schulleiter zum Türschließen oder –öffnen verpflichtet werden.
- dass stadtteilbezogene Schulen zugänglich und offen für andere Nutzer gehalten werden.
- dass die soziale Situation der Hausmeister von den Bezirken angemessen berücksichtigt wird.
- dass für die Umsetzung dieser Forderungen die Berliner Bezirke ein einheitliches Verfahren fest legen.

Auswertung der Konrektoren-Umfrage

Beim Treffen der Konrektorinnen und Konrektoren am 2. April diesen Jahres wurde eine Umfrage gestartet. Von den Anwesenden sollten drei Forderungsschwerpunkte benannt werden. Inzwischen wurden diese Angaben ausgewertet:

1. Alle Anwesenden fordern mehr Leitungszeit.
2. Austauschforum für Konrektoren – regional und überregional (14)
3. Gezielte Fortbildungsangebote für Konrektoren (für Schulleitung als Pflicht) (10)
4. Stundenplan- und Schulverwaltungssoftware (8)

5. Teilnahme an Schulleitersitzungen (1)
6. Treffen mit der Schulaufsicht (1)
7. Aufwertung der Stellung der Konrektoren (Bezahlung wie Schulleiter) (1)
8. Entbürokratisierung der Finanzverwaltung (1)
9. Sachgerechte Ausstattung der Sekretariate (1)
10. Unterstützung der Schulaufsicht bei Versetzungsanträgen (1)

Die Forderungen wurden am 20. 05. 2008 dem zuständigen Senator vortragen. Die bildungspolitischen Sprecher der am Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen wurden bzw. werden ebenfalls über diese Resolution unterrichtet.

Zur Einrichtung eines Gebetsraumes

Die Einrichtung eines Gebetsraumes in einer Berliner Schule ist nach Auffassung des IBS völlig absurd. Im Sinne der Gleichbehandlung müssten jetzt allen Schülern entsprechend ihrer Religionszugehörigkeit Räume zum Beten in der Schule zur Verfügung gestellt werden. Das kann nicht Aufgabe der Schule und des Staates sein.

Es ist festzustellen, dass andere Räume wesentlich dringender benötigt werden. So verfügen nur wenig Schulen über einen Sanitätsraum. Viele Schulen klagen über einen erheblichen Mangel an Räumen für Unterricht in Kleingruppen. Die Liste lässt sich mühelos verlängern, fragt man bei den Schulleitungen nach.

Im Übrigen ist das Beten eine reine Privatangelegenheit, die nicht von einem Betraum abhängig ist. Sogar in der Sendung mit der Maus über den Islam am 11. März 2008 wurde sehr einleuchtend dargestellt, dass Beten als Zwiesprache mit Gott keinen eigenen Raum benötigt. Im Sinne von der Trennung von Staat und Kirche / Religionsgemeinschaften sollte diese Entscheidung überdacht werden.

Berlin mit bundesweitem Spitzenplatz bei der frühkindlichen Bildung

Die frühkindliche Bildung und Betreuung weist in den 16 Bundesländern deutliche Unterschiede auf. Während in Westdeutschland vor allem die Qualität des Angebotes - gemessen am Personalschlüssel - überzeugt, stehen im Osten wesentlich mehr Betreuungsplätze zur Verfügung. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung, die die frühkindlichen Bildungssysteme miteinander vergleicht. Dieser Report der Bertelsmann Stiftung belegt: Berlin investiert im Bundesländerver-

IBS e.V.

c/o Heinz Winkler

Fontanepromenade 10 • 10987 Berlin

Telefon: (030) 693 52 84 • Telefax: (030) 693 52 55

eMail: IBS-Winkler@gmx.de • www.ibs-verband.de

gleich am meisten in die frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern. In der Gruppe der unter 3-jährigen werden in Berlin fast 40 % der Kinder in einer Einrichtung betreut. Der durchschnittliche bundesweite Versorgungsgrad in dieser Altersgruppe liegt bei 15,5 %. Von den älteren Kindern werden über 95 % in einer Einrichtung betreut und damit mehr als im Bundesdurchschnitt von 89,8 %.

Auch bei den Investitionen ist das Land führend. 2005 lag der Anteil der reinen Nettoausgaben Berlins für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung gemessen an ihrem Anteil an den gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte bei 5,4 %. In den ostdeutschen Ländern betragen die Aufwendungen im Durchschnitt 5,3 %, in Westdeutschland 3,3 %. Kitazeit bedeutet in Berlin Bildungszeit. Um alle Kinder gut auf den späteren Schuleinstieg vorzubereiten, bildet die sprachliche Bildung und Förderung einen Schwerpunkt.

„Deutschland - einig Fußballland?“

Noch beim deutschen Aufgebot zur EM 1996 wusste jeder Fußballfan: Klinsmann kommt aus der alten Bundesrepublik, Sammer stammt aus der ehemaligen DDR. Aber heute? Ballack kommt aus Sachsen - das hört man. Schweinsteiger kommt aus Bayern - das hört man auch. Aber Fritz oder Jansen? Wo ist Rolfes geboren? Wo Mertesacker? Die deutsche Einheit - im Fußball scheint sie vollendet. Seine Bedeutung geht ohnehin weit über die sportlichen Aspekte hinaus. Dass Fußball nicht nur eine Sache des Sportunterrichts sein muss, sondern auch Gegenstand des Geschichts- und Politikunterrichts sein kann, zeigt eine Publikation des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM). Denn Fußball, als die wohl populärste Sportart der Deutschen, eignet sich in besonderer Weise, Schülerinnen und Schülern die Epochen der deutschen Teilung und Vereinigung nahe zu bringen.

Das Unterrichtsmaterial „Deutschland - enig Fußballland? Deutsche Geschichte nach 1949 im Zeichen des Fußballs“ zur deutsch-deutschen Fußballgeschichte gibt das LISUM im Auftrag der Landesbildungsverwaltungen Berlins und Brandenburgs heraus. In der Publikation finden sich vollständig ausgearbeitete Unterrichtseinheiten z. B. zu den diplomatischen Beziehungen, der nationalen Identität und der Sozialgeschichte in beiden deutschen Staaten.

Inhaltlich sind die fünf ausgearbeiteten Unterrichtssequenzen von „Cultus e. V. - Bildung - Urteil - Kompetenz“ aus Berlin und Potsdamer Wissenschaftlern des „Zentrums deutsche Sportgeschichte Berlin-Brandenburg e. V.“ entwickelt worden. Finanziert wurde das Projekt von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM). Die Bundesbeauftragte und der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR sowie der Fußballverein Hertha BSC

haben die Publikation mit diversen Dokumenten und Fotoquellen aus ihren jeweiligen Archiven maßgeblich unterstützt.

Alle weiterführenden Schulen in Berlin und Brandenburg erhalten je ein Exemplar der Publikation „Deutschland - enig Fußballland? Deutsche Geschichte nach 1949 im Zeichen des Fußballs. Fachdidaktische Handreichung zur politisch-historischen Urteilsbildung“.

Weitere Exemplare können gegen eine Schutzgebühr von 5,00 Euro entweder beim Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (www.lisum.berlin-brandenburg.de) oder bei „Cultus e. V. - Bildung - Urteil - Kompetenz“ cultus-ev@web.de angefordert werden.

Berliner Medienpreis „MediaMax“ ausgeschrieben

Jugendnetz-berlin.de sucht Projekte und Konzepte zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Das Berliner Landesprogramm jugendnetz-berlin.de schreibt den Medienpreis „MediaMax“ zum vierten Mal aus und sucht damit Projekte und Konzepte zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Der Medienpreis von jugendnetz-berlin.de wird vergeben für Projekte und Konzepte der Medienarbeit mit Kindern im Vor- und Grundschulalter (bis 12 Jahre) und mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen (bis 27 Jahre). Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 30. September 2008. Der Medienpreis ist mit 5.000 Euro dotiert. Bewerben können sich freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe, medienpädagogische Projekte und Initiativen, Schulen, Organisationen, Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen, die mit Trägern der Jugendhilfe kooperieren. Die Auswahl des Preises erfolgt durch eine Jury, die durch die Träger des Landesprogramms berufen wird. Die Preisverleihung findet anlässlich des Berliner Jugendforums im November 2008 im Berliner Abgeordnetenhaus statt.

jugendnetz-berlin.de ist eine jugendpolitische Initiative der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, der Stiftung Demokratische Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Mit der Förderung von Medienprojekten der außerschulischen Jugendbildung, von Kooperationsprojekten mit Schulen und ihrer Vernetzung will die Initiative die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen verbessern.

Weitere Informationen zum Medienpreis „MediaMax“ unter www.jugendnetz-berlin.de oder in den Medienkompetenzzentren in den Berliner Bezirken.

„Kreative Medienarbeit in Kita und Grundschule“

Die pädagogischen Fachkräfte qualifizierten sich während der dreimonatigen Weiterbildung zu Themen elementarer Medienerziehung und -pädagogik und konnten ihre eigene Medienkompetenz für die medienpädagogische Arbeit in Kita und Grundschule erweitern. Die im Verlauf des Blended Learning-Kurses gemeinsam entwickelten und durchgeführten Praxisprojekte werden im Rahmen der Veranstaltung in Form von Filmbeiträgen und Ausstellungen anschaulich präsentiert. Auf dem Programm stehen außerdem ein Vortrag zu praxisorientierter Medienarbeit sowie zahlreiche Möglichkeiten zu Gesprächen mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Die Veranstaltung thematisiert die medienpädagogische Arbeit an der Schnittstelle von Kindertagesstätten und Grundschulen.

Wann: 26. Juni 2008, 12.30 Uhr bis ca. 17.00 Uhr.

Wo: Henrich-Böll-Stiftung e.V., Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin. Anmeldung und Flyer über www.bildung-erziehung.de

Zöllner zieht Flexibilisierung zurück

Bildungssenator Zöllner hat den Entwurf einer Rechtsverordnung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit von Lehrkräften zurückgezogen. Der Verordnungsentwurf sah keine Pflichtstundenerhöhung vor. Um flexibler auf den Unterrichtsbedarf reagieren zu können, sollten Abweichungen von den starren Wochenarbeitszeiten ermöglicht werden. Grundlage war ein Vorschlag der Schulexperten der Projektgruppe „Lehrkräfteorganisation“. Bildungssenator Zöllner: „Die Festlegung der wöchentlichen Pflichtstunden der Lehrer im Rahmen der durchschnittlichen Arbeitszeit durch die Anlage zur Arbeitszeitverordnung wird seit Jahren von den Schulen als starr und unflexibel kritisiert. Deshalb haben wir eine Regelung erarbeitet, die im Sinne der Schulen ist, ohne die Lehrerarbeitszeiten zu erhöhen. Um jegliche Missverständnisse zu vermeiden, ziehe ich diesen Entwurf zurück. Die sicher notwendige Flexibilisierung muss nun im Zusammenhang mit der Entwicklung von Arbeitsweltmodellen (z. B. Arbeitszeitkonten), die die individuellen Erfordernisse der Einzelschulen und deren Lehrkräfte besser berücksichtigen, in einem Gesamtpaket zur Regelung der Lehrerarbeitszeiten mit den Beteiligten beraten werden.“

Unterrichtsausfall in den Schulen

Der Bericht des Rechnungshofs Berlin vom 21. Mai 2008 stellt fest, dass Unterrichtsausfall auch durch Organisationsdefizite in den einzelnen Schulen entsteht. In der Pressemitteilung heißt es: „Der Rechnungshof hat festgestellt, dass die Schulen der Absicherung des Unterrichts nicht immer die gebotene Priorität einräumen. Die Schulen haben vielfach nicht alle erforderlichen und möglichen organisatorischen Maßnahmen wie (...) getroffen, um den Unterrichtsausfall auf das objektiv unvermeidbare Maß zu beschränken. Der Rechnungshof hat aber in den geprüften Schulen auch wesentliche Unterschiede bei der Organisation von Vertretungen vorgefunden, die zu unterschiedlichen Erfolgen bei der Vermeidung von Unterrichtsausfall führen.“

Der Rechnungshof hat in drei untersuchten Gymnasien pro Schulwoche im Durchschnitt 14,1 Stunden Unterrichtsausfall festgestellt. Auf alle 98 Gymnasien hochgerechnet kommt der Rechnungshof zu der Schlussfolgerung, dass dem Land dadurch ein Schaden von mehr als 2 Millionen Euro (allein in den Gymnasien) entsteht. Wenn man den Unterrichtsausfall auf alle öffentlichen allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2006/2007 hochrechnet und ins Verhältnis zum Unterrichtssoll im Schuljahr 2006/2007 setzt, kommt man nach den Ergebnissen des Rechnungshofs auf einen Unterrichtsausfall von 10 000 Stunden/Woche und eine Ausfallquote von ca. zwei Prozent. Zöllner sieht sich in seiner bisherigen Politik bestätigt: Die Schulen erhalten mehr Handlungsspielraum, um die notwendigen Maßnahmen zur Vertretung zu organisieren. Die Schulaufsicht wird neu organisiert, um näher an den Problemen der Schulen zu sein und dadurch die Schulen flexibler zu unterstützen und besser zu beraten. Einzelheiten dazu werden bis zur Sommerpause veröffentlicht.

Neben der Schulaufsicht ist zum Schuljahr 2007/2008 eine Organisationsberatung für die allgemein bildenden Schulen geschaffen worden. Sie dient dem Ziel, die Einsatzplanung des Lehr- und Erzieherpersonals zu verbessern. Die Gruppe wird von der Bildungsverwaltung in die Schulen entsendet, z. B. bei Meldungen über Unterrichtsausfall, über mangelnde Fachversorgung, Klagen über die Realisierung der Rhythmisierung oder Personalanforderungen einer Schule, die auf Grund der aktuellen Datenlage nicht nachvollziehbar sind. Die Gruppe klärt auf der Basis von Gesprächen mit der Schule, der aktuellen Datenlage und der vor Ort vorhandenen Unterlagen wie Stundentafel, Einsatzpläne, Vertretungspläne u. ä. die Verwendung der Personalressourcen. Stellt die Gruppe Gestaltungsreserven fest, werden möglichst noch am selben Tag die notwendigen und möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vor Ort veranlasst. Die Beratungsgruppe hat im letzten halben Jahr 17 Schulen beraten. Erstmals hat die Bildungsverwaltung in diesem Schuljahr einen zweiten Einstellungstermin zum zweiten Schulhalbjahr festgelegt, so dass in Ruhestand getretene Lehrkräfte zeitnah ersetzt werden.

Im Zuge der Entbürokratisierungsinitiative werden die Schulen schon in einer ersten Maßnahmewelle spürbar entlastet. Der gesamte Entlastungseffekt der bereits beschlossenen Entbürokratisierungsmaßnahme kann auf ein Volumen von 150 Vollzeitstellen hochgerechnet werden. Über die Arbeit der Projektgruppe zum Bürokratieabbau hinaus hat Senator Zöllner festgelegt, dass die Entbürokratisierung eine Daueraufgabe der Bildungsverwaltung bleibt.

Senator Zöllner: „Diese Maßnahmen sind ergriffen worden, nachdem die Rechnungsprüfer ihre Arbeit aufgenommen haben. Insofern verdeutlicht der Bericht in erster Linie, wie groß der Handlungsbedarf im Jahre 2006 war und nicht wie groß er jetzt ist. Ich nehme es als gutes Zeichen, dass die Anzahl und der Schweregrad der Klagen in den letzten Monaten deutlich nachgelassen haben. Ich habe bereits bei meinem Amtsantritt im Dezember 2006 festgestellt, dass Berliner Schülerinnen und Schüler guten Unterricht brauchen. Und damit der Unterricht gut sein kann, muss er überhaupt erst stattfinden.“

Neuer Baustein im Netzwerk Kinderschutz

Das Land Berlin, der Bezirk Mitte und der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialforschung, Informatik & Soziale Arbeit (ISIS-Berlin e. V.) der katholischen Fachhochschule für Sozialwesen wollen gemeinsam die Weiterentwicklung des sozialen Frühwarnsystems in den Kiezen im Bezirk Mitte begleiten. Ziel des Modellprojekts „Evaluation und Coaching zum Sozialen Frühwarnsystem“ ist es, durch eine Bestandserhebung, fachliche Betreuung und Begleitung der Netzwerke Stärken zu identifizieren, aber auch Schwächen in den Sozialräumen und Kiezen aufzudecken.

Dieses Modellprojekt ist der Berliner Teil des Aktionsprogramms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ und damit auch ein Teil des Berliner Gesamtkonzeptes „Netzwerk Kinderschutz“. Das Projekt läuft zunächst für ein Jahr und wird in Höhe von 150 Tausend Euro vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert.

Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. begleitet das Bezirksamt Mitte bei der weiteren Implementierung der im Netzwerk vorgesehenen lokalen Strukturen und ihrer Ausrichtung auf die Bedingungen vor Ort. Caritasdirektor Franz-Heinrich Fischler: „Kinderschutz ist uns ein großes Anliegen. Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit dem Land und dem Bezirk Mitte einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Vernetzung der wichtigen Hilfestrukturen in Berlin leisten können.“

In der wissenschaftlichen Begleitung evaluiert ISIS-Berlin e. V. die bestehenden und sich entwickelnden lokalen Netzwerke zum Kinderschutz. Dazu erfasst ISIS-Berlin e. V. die Ausgangssituation im Kiez, beurteilt die

Effizienz der bestehenden lokalen Netzwerke und spricht Empfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit aus.

Weitere Informationen: Jens-Uwe Scharf (Projektkoordinator Caritasverband: Große Hamburger Straße 18, 10115 Berlin, Telefon (030) 66633421

Deutscher Berufsschulpreis zum ersten Mal nach Berlin

Die Stiftung Wirtschaft und Erziehung hat in Karlsruhe ihre diesjährigen Berufsschulpreise vergeben. Ausgezeichnet wurden Schulen, die besondere Leistungen zur „Förderung von Zusatzqualifikationen in der kaufmännischen Berufsausbildung“ nachweisen konnten. Erstmals war ein Berliner Oberstufenzentrum (OSZ) unter den Preisträgern. Das OSZ Banken und Versicherungen im Bezirk Mitte erhielt einen dritten Preis, weil es seit 1987 erfolgreich Zusatzunterricht für Auszubildende der Finanzwirtschaft anbietet.

Kooperationswettbewerb MIXED UP

Der seit 2005 bestehende Kooperationswettbewerb richtet sich an Träger der Kulturellen Bildung, die erfolgreich mit allgemein bildenden Schulen zusammenarbeiten und somit für ganzheitliche Lernformen am Bildungsort Schule sorgen. Bewerben können sich Vereine und Einrichtungen der Kulturellen Bildung sowie freiberufliche Künstler/innen und Projektleiter/innen aus dem ganzen Bundesgebiet.

Insgesamt vergibt die BKJ auch in diesem Jahr wieder vier Anerkennungspreise im Wert von je 2.500 Euro. Einen der vier Preise schreibt der Dachverband der kulturellen Kinder- und Jugendbildung dabei erstmalig als Sonderpreis aus: Unter dem Motto „Wer krempelt die Schule um? Schulentwicklung mit Kunst und Kultur“ wird ein zukunftsfähiges Modell „KulturSchule“ gesucht. Denn der Weg zu einer neuen Lehr- und Lernkultur und damit zur konsequenten Realisierung umfassender Bildungskonzepte erfordert Neuerungen, die die gesamte Schulkultur und Schulstruktur betreffen. Kunst und Kultur bieten vielfältige Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Veränderungsprozesse und können im Rahmen eines wirkungsvollen Schulentwicklungskonzeptes große Innovationskraft entfalten. Angesprochen sind Träger der Kulturellen Bildung, die sich auf den Weg gemacht haben, gemeinsam mit ihren Partnerschulen mittels Kunst und Kultur neue Wege in der Schulentwicklung zu gehen und ein kulturelles Schulprofil realisieren.

Vom 1. Mai bis zum 30. Juni 2008 werden Bewerbungen angenommen. Nähere Informationen sowie das Formular zur Online-Bewerbung stehen auf einer neuen Homepage unter www.mixed-up-wettbewerb.de bereit.